

# Deutsche TäterInnen sind keine Opfer!

*Die Vergangenheit verleiht den Heiligenschein der Legitimität.*

Eric Hobsbawm

Am 14.03.2007 wird in Marburg die Vorsitzende des „Bundes der Vertriebenen“ und CDU-Bundestagsabgeordnete **Erika Steinbach** im Café des Software-Centers (TTZ) zum Thema „Vertreibung aus aktueller bundespolitischer Sicht“ referieren.

Steinbach wurde als Kind eines Wehrmacht-Unteroffiziers aus Hanau und einer Angestellten aus Bremen geboren. Ihr Vater war im besetzten Polen stationiert, in Rumia [„Rahmel“], wo er ihre Mutter kennenlernte und 1943 das Kind geboren wurde. Nachdem die Rote Armee die deutsche Besatzerherrschaft endgültig zertrümmert hatte, lebte Steinbachs Familie ab 1950 in Hanau. Steinbach plaudert seitdem in ihrem deutsch-völkischen Wahn über ihr persönliches „Vertriebenenschicksal“, obwohl ihr Geburtsort erst durch den Überfall auf Polen unter deutsche Verwaltung kam.

Doch geht es keineswegs nur um die Heim-suchung der idyllischen Marburger Jauchegrube durch jene erlauchte Repräsentantin eines Trachtenvereins mit präzivilisatorischer, barbarischer Jodelkultur: In den längst vom zivilgesellschaftlichen Konsens absorbierten Diskursstrategien und emotionalisierenden, moralisierenden Geschichtsinterpretationen der Vertriebenenverbände wird der kausale Zusammenhang der in der Shoa kulminierenden deutschen Germanisierungs- und Vernichtungspolitik und dem Transfer der deutschen Bevölkerung wegretouchiert. Die bewusste Entpolitisierung der Umsiedlungen respektive ihre Herauslösung aus dem historischen Kontext dient der Formung einer kollektiven Opferidentität und Konstruktion eines nationalen Leidensmythos der Deutschen. Durch diese Fragmentierung der Geschichte in einzelne, scheinbar unzusammenhängende Zufälligkeiten und mit der Umkehrung des Täter-Opfer-Verhältnisses wird die Neuordnung Europas nach der Niederschlagung der nazifaschistischen Terrorherrschaft delegitimiert. Zentral in den Viktimisierungsdiskursen und

dem Begriff „Flucht und Vertreibung“ als symbolischem Signifikanten sind deshalb die sogenannten „Benès-Dekrete“. Jene wurden in den Jahren 1940-1945 von der tschechischen Exilregierung in London formuliert und schließlich durch deren Präsidenten Edvard Benès im Jahre 1946 erlassen. Sie bildeten die rechtliche Basis der neu entstehenden Tschechoslowakischen Republik und verfügten die Ausweisung der sich der Kollaboration mit den Nazis schuldig gemachten ca. 2,5 Millionen „Volksdeutschen“ sowie deren entschädigungslose Enteignung.

Bei den Reichstagsergänzungswahlen Ende 1938 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von fast 100 Prozent unter den „Sudetendeutschen“ über 98 Prozent für die NSDAP. Bezüglich der NSDAP-Mitgliedschaften in Relation zur Bevölkerungszahl stand das „Sudetenland“ folglich an der Spitze aller Gauen. Die „Sudetendeutschen“ arbeiteten auf die gezielte Destabilisierung der Tschechoslowakischen Republik hin und beteiligten sich aktiv an dem Vernichtungskrieg des nazifaschistischen Deutschland, dem u.a. ca. eine Million TschechInnen zum Opfer fielen. Ein großer Teil der nicht-deutschen Bevölkerung wurde aus den Gebieten, die Deutschland zugeschlagen wurden, vertrieben, viele davon ermordet, die aus anderen Regionen nach dort umgesiedelten „Bessarabien- und Dobrudscha-Deutschen“ erhielten die Höfe und das Land enteigneter jüdischer und tschechischer Bauern. Angesichts dieser Tatsachen ist es zutreffend, wenn Milos Zeman die „Sudetendeutschen“ als die „fünfte Kolonne Hitlers“ bezeichnete, deren Ziel es war „die Tschechoslowakei als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zu zerstören“. Auf ein derartiges Verbrechen, so betonte Zeman, stand dazumal die Todesstrafe. Mit der Ausweisung aus der Tschechoslowakei sind die „Sudetendeutschen“ geschont worden. Zudem hat man den Deutschen „einen Wunsch erfüllt. [...] Sie wollten ‚Heim ins Reich‘ – und dahin gingen sie auch.“

Die Ausweisung der „Sudetendeutschen“ war jedoch keinesfalls das Werk eines einzelnen Präsidenten, wie die verzerrte Diktion der „Beněs-Dekrete“ hierzulande nahe legen könnte. Wesentlich unter der Federführung der Alliierten entstanden, war die Ausweisung von Deutschen aus den Staaten Osteuropas angesichts der Volkstumspolitik als zentralem Aspekt der Planung und Realisierung der deutschen Vernichtungspraxis in ihrem Verständnis zur Verringerung von Konfliktpotenzialen notwendig. Genau aus diesem Grund sind nicht nur die „Beněs-Dekrete“ von alliierter Seite mitverfasst worden, sondern ist auch im Potsdamer Abkommen die „geregelter Überführung der deutschen Bevölkerung“ aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland festgelegt. Die Funktion der „Sudetendeutschen“ als völkische Agenzien in der Tschechoslowakei war also für die Alliierten die Veranlassung, die deutsche Bevölkerung auf Grundlage des Art. XIII des Potsdamer Abkommens aus den annektierten Gebieten auszuweisen. Es ging also um die Individualverantwortung der „Sudetendeutschen“ und nicht den stets halluzinierten Vorwurf einer Kollektivschuld.

Die zunehmend medial geführte Offensive [ARD: „Die Flucht“, „Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer“; ZDF: „Die große Flucht“] gegen die „Beněs-Dekrete“ als Grundlage der tschechischen Souveränität ist gleichzeitig ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen und damit auf die Nachkriegsordnung. Es geht in den Debatten um die Revision der Rechtsgrundlagen der Nachkriegsordnung zugunsten deutscher Interessen, obwohl die Beschlüsse von Potsdam (wie alle anderen Gesetze des Alliierten Kontrollrates) mit allen Rechtsfolgen Gültigkeit haben.

Diese Destabilisierung ist ein Ziel deutscher Außenpolitik, welche sich hinter der populistischen Rhetorik um die „Beněs-Dekrete“ verbirgt. Im Sinne deutscher Volkstumspolitik

soll der Osten Europas parzelliert werden, um sich auf die Regionen den unmittelbaren Zugriff zu sichern. Entscheidend hierfür ist die ökonomische Ansiedlung sowie die Forcierung des deutschen Volkstums im Ausland. Für die PopulistInnen der Vertriebenenverbände sowie der CSU steht seit Jahren fest, dass das Sudetenland regermanisiert werden und das frühere Eigentum der „Sudetendeutschen“ rückerstattet werden muss, weshalb es zu den satzungsgemäß verankerten Zielen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gehört, „die Rückgabe des konfiszierten Vermögens auf der Basis einer gerechten Entschädigung zu vertreten.“

Das mobilisierte politische Potenzial der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften verbindet sich auf politischer Ebene mit der Bildung von konservativen Allianzen zur Grenzrevision zu Polen und der Tschechischen Republik. Was in dem propagandistischen Feldzug gegen die „Beněs-Dekrete“ evident wird, ist jedoch kein Einzelfall deutschen Großmachtstrebens in Osteuropa, sondern Kern dieser aggressiven Politik. Hierzu zählen auch die Interventionen auf dem Balkan bis hin zum Jugoslawien-Krieg 1999, die Einmischung in das ungarische Rechtssystem, die Stärkung deutscher Minderheiten in Polen oder die Versuche, aus Kaliningrad „Königsberg“ zu machen. Deutschland forciert seine aggressive Außenpolitik, welche auf die völkische Parzellierung und somit auf eine Hegemonie in Europa zielt. Für jene Politik steht die völkische Bagage von Vertriebenenverbänden, Landsmannschaften und ihnen vorsitzenden oft rassistischen und antisemitischen GeschichtsrevisionistInnen. Erika Steinbach selbst sagte im Deutschlandfunk:

„All die Wünsche, Deutsche zu vertreiben, hätten niemals umgesetzt werden können. Hitler hat die Tore aufgestoßen, durch die Polen und Tschechien dann gegangen sind, um zu sagen jetzt ist die Gelegenheit, die packen wir beim Schopfe“.

*"Die Deutschen als ganzes Volk sind für diese Massenmorde verantwortlich und müssen (...) dafür bestraft werden, wenn es eine Gerechtigkeit in der Welt gibt."*

Albert Einstein

